



Verein für *Gesellschafts- & Wirtschaftswissenschaften*

„Das europäische Wirtschaftssystem: Harmonisierung vs. Wettbewerb der Systeme“

Vortrag und Diskussion:

Mag. Gottfried Schellmann, Schellmann & Partner
und Mag. Hans Moser, Abg.z.NR,
Wirtschaftssprecher der SPÖ, am 27. Jänner 2004
im BSA Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Arbeitskreise:

3. Februar 2004 und 11. Februar 2004 im BSA
Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Mag. Gottfried Schellmann

Thesen:

- ▶ Österreich hat sich im Zusammenhang mit der Integration in die EU nicht sehr geschickt verhalten. Grund: der überproportionale politische Einfluss bei der Besetzung von Spitzenpositionen in die Institutionen und den Verwaltungsapparat.
- ▶ Zur europäischen Verfassung:
Es handelt sich um eine „Top Down“-Verfassung, „also eine Verfassung, die von oben nach unten wirkt“. Das Kernorgan, das Beschlüsse trifft, ist der Rat. „Das heißt, ich habe eine doppelte mittelbare Repräsentation, das heißt aber auch, dass das Geschick Europas von einigen wenigen bestimmt wird und das wird noch sehr lange so sein.“ Es handelt sich also um eine Koexistenzverfassung der einzelnen Mitgliedsstaaten und nicht um eine von „unten“ kommende Demokratie, die ein eigenes Parlament hat und damit die legislative Gewalt ausübt.

- ▶ Die EU ist zurzeit nur ein Verteilungsinstrument, vor allem für die Landwirtschaft und den regionalen Ausgleich.

Ab dem Jahr 2007 werden 8 bis 12 Milliarden € in die Ziel I-Gebiete rund um Österreich fließen. Bis zum Ende des Jahres 2006 erhalten die Beitrittsländer auf Grund der indizierten Verteilungszusage im Beitrittsakt rund 37 Milliarden €.

Ergebnis des Beitritts der zukünftigen Mitgliedsländer, vor allem der baltischen Staaten, ist eine erhebliche Steuervereinfachung, und sehr niedrige Steuersätze. (Siehe nachfolgende Tabelle)

Tabelle 1: Unternehmensbesteuerung in den Beitrittsländern

	Tschechien	Zypern	Estland	Ungarn	Lettland
Steuersatz				16%	
System				Klass.	
Konzernbesteuerung				nein	
Fusions-Richtlinien				Gesetzwerdungsprozess	
Verlust Vortrag				Keine Limitierung	
Abschreibungszeiträume				5 bis 50 Jahre	
Übergangslösungen				2011	

	Litauen	Malta	Polen	Slowakei	Slowenien
Steuersatz				19%	
System				Klass.	
Konzernbesteuerung				nein	
Fusions-Richtlinien				Gesetzwerdungsprozess	
Verlust Vortrag				auf 5 Jahre limitiert	
Abschreibungszeiträume				4 bis 20 Jahre	
Übergangslösungen				2008	

Quelle: Schellmann & Partner

- ▶ Die wahre Bedrohung für den Standort Österreich sind die Lohnnebenkosten, die in den umliegenden Ländern deutlich niedriger sind. Zum Beispiel liegt in Deutschland der Lohnnebenkostenanteil vom Jahreseinkommen um rund 10% unter dem österreichischen Wert von derzeit exakt 31,3% (Begründung: die Gesundheitsreform wirkt sich nicht auf die Krankenversicherungsbeiträge aus).

- ▶ Nicht die KÖST ist Entscheidungsgrundlage für die Standortwahl bei Unternehmen, sondern die Lohnnebenkosten.
- ▶ Kann man durch Harmonisierung der europäischen Steuersätze („Race to the Bottom“) dem Tarifwettbewerb Einhalt gebieten? Die Kommission steht auf dem Standpunkt Maßnahmen zu setzen, um den schädlichen Steuerwettbewerb einzudämmen. Das heißt Sonderregelungen wie z.B. Steueroasen sind abzuschaffen. Alle neuen Mitgliedsstaaten bis auf Malta haben diesen Regelungen zugestimmt.
- ▶ Kann man das System harmonisieren?
Nein, die Kommission sagt, es fehlt die Rechtsgrundlage für die Harmonisierung der unterschiedlichen Steuersysteme (Bezug: Art 96 EG Vertrag). Art 96 ist nur auf Einzelmaßnahmen anwendbar, jedoch nicht auf gesamte Verwaltungssysteme.

Österreich:

- ▶ Der Föderalismus als System ist in Österreich teuer, wenn gleich historisch erklärbar.
- ▶ Förderungsmaßnahmen wie z.B. Wohnbauförderung im Rahmen der Umsatzsteuer sind einmalig in Europa (Konzept der Vorsorgewohnungen und Mietmodelle der Gemeinnützigen).
- ▶ Die Struktur des Gesundheitssystems ist extrem teuer, zum Beispiel zu viele unterschiedliche Krankenkassen und unterschiedliche Spitalszuständigkeiten.
- ▶ Das österreichische politische System ist in seiner Erhaltung extrem teuer.
- ▶ Der politische Einfluss auf die Verwaltungsstrukturen ist hoch und daher jede Reform vom Beginn weg parteipolitischen Interessen ausgesetzt.
- ▶ Der Föderalismus verhindert auf Grund seiner politischen Durchsetztheit eine Koordination der Interessen für das Allgemeinwohl.

- ▶ Österreich hat in der Europapolitik versagt, da keine akkordierte, gesamtgesellschaftliche Basis vorliegt.
- ▶ Wir müssen abkehren von den Machtverteilungssystemen (Klientelwirtschaft) in Österreich.
- ▶ Die Hauptbelastung bei allen Steuermaßnahmen in Österreich, egal von welcher politischen Richtung sie gekommen sind, liegt auf den Arbeitnehmern in Form der Lohnnebenkosten und der Lohnsteuern.

Wie kann man einen relativ schlanken Staat erzeugen, insgesamt die steuerliche Belastung bei den Leistungsträgern senken, um wieder Lust am Arbeiten zu bekommen? Nur der unternehmerische Mensch kann Verantwortung für die Schwächeren übernehmen.

Mag. Hans Moser

Standortpolitik der Zukunft:

- ▶ Ein Steuerdumpingsystem wird relativ rasch am Ende sein, weil die Wertsicherungssysteme, sprich der Wohlstand, gefährdet ist. Steuerdumping ist keine ökonomisch dominierte, sondern eine politisch vorgegebene Frage.
- ▶ Steuerdumping bringt nur international agierenden Großunternehmen und einkommensstarken Gruppierungen Vorteile.
- ▶ Daher ist eine rasche Steuerharmonisierung auf EU-Ebene unumgänglich.
- ▶ Kosten der Verwaltung gehören gesenkt, vor allem auf Landesverwaltungsebene.

In den skandinavischen Ländern herrscht gesellschaftlicher Konsens über Inhalte und Ziele der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Erst an zweiter Stelle fragt man nach der Struktur, um diese Ziele zu erreichen. Es ist die Sinnfrage zu stellen, welches System unter welchen Umständen wie und welche Ziele erreicht.

Wichtigste Ansiedlungsmotive für Unternehmen in Österreich sind:

- ▶ Der Markt
- ▶ Qualität und Produktivität der Arbeit
- ▶ Politische Stabilität des Landes
- ▶ Erst dann kommt das Förder- und Steuersystem
- ▶ Lohnnebenkosten sind ein wichtiger Aspekt, in Österreich sind sie im Standortvergleich zu hoch

Arbeitskreisergebnisse: Thesen

Föderalismus

- ▶ Der gegenwärtige Föderalismus ist reiner Machterhalt und keine innovative Regionalpolitik.
- ▶ Die Regionalpolitik unterliegt in der Förderpolitik der Europäischen Union einer zu starken Ökonomisierung.
- ▶ Ein ausgeprägter Föderalismus ist für die gesamtstaatliche Entwicklung und die Wirksamkeit Österreichs in EU-Gremien hinderlich.
- ▶ Im ländlichen Raum besteht ein äußerst großer Einfluss von Institutionen mit konservativem Einschlag, wie zum Beispiel dem Bauernbund und dem Raiffeisenverband. Bauernorganisationen unterstützen den Föderalismus.
- ▶ Es besteht eine Dichotomie zwischen ländlichem und urbanem Bereich, der gleichzusetzen ist mit der Affinität zur ÖVP (ländlich) und SPÖ (urban). Daraus folgt, auch im Einklang mit der EU-weiten Politik der Stärkung der Regionen gegenüber dem Nationalstaat, dass die Konservativen die Länderkompetenzen ausweiten.
- ▶ Die Region wird als wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Rahmenbedingung wahrgenommen. Als Schutzraum in Zeiten der Desorientierung (Wirtschaftskrise, Krieg) erlangt sie eine erhöhte Bedeutung gegenüber dem Bundesstaat.

- ▶ Föderal gewachsene - damit historisch erklärbare Lobbies wie im Agrarbereich - sind sowohl national als auch im Rahmen der EU ein Bollwerk für den Föderalismus.
- ▶ Die normative Kraft des Bundes muss gegenüber den Bundesländern gestärkt werden ohne aber gegen den Föderalismus aufzutreten. Das heißt, die Politikfelder in ausschließlicher Verantwortung des Bundes, wenngleich auch in Kooperation mit den Ländern, gehören eindeutig definiert.

Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Systemen

- ▶ EU-Machtpolitik bedeutet: Regionen stärken, um Nationen zu schwächen.
- ▶ „Österreich kommt im Bewusstsein der Menschen eine hundertstel Sekunde vor der EU.“
- ▶ Regeln und Normen gehören zum Schutz der Schwachen gemacht, das gilt sowohl in wirtschaftlicher als auch in individueller Hinsicht. Dafür ist der Staat der unmittelbare Bezugsrahmen.
- ▶ Der Staat gehört gegenüber der EU, und damit innerhalb der europäischen Institutionen gestärkt.
- ▶ Die EU-Wirtschaftspolitik muss für den Menschen greifbar und fühlbar werden.
- ▶ Die Mitglieder des EU-Ministerrates, unsere Regierung und Minister, haben zwei nicht miteinander vereinbare Funktionen, die der Gewaltentrennung widersprechen. Sie sind formal Exekutive in Österreich (Legislative in der Realverfassung im Lassall'schen Sinn) und gleichzeitig Legislative auf europäischer Ebene, aufgrund der normengebenden Macht des EU Ministerrates.
- ▶ Die EU Wahlen sind ein hauptsächlich urbanes Anliegen.
- ▶ Österreichische Abgeordnete zum EU Parlament werden hier zu Lande nicht wahrgenommen. Auch weil sie sich hier kaum präsentieren.

- ▶ Die Bürger nehmen die EU nicht als gestaltbares Ganzes wahr.
- ▶ Die Bundesländer in Österreich brauchen mehr Autonomie; Gleichzeitig gehört der Bundesstaat gegenüber der EU und gegenüber internationalen Playern gestärkt. Dies sowohl systemisch als auch gesetzlich.
- ▶ EU-Machtstrukturen sollen transparent gemacht werden. Das Image des „Mauscherln's“ muss damit abgelegt werden.
- ▶ Die EU-Institutionen müssen demokratisiert werden.
- ▶ Die EU hat derzeit keine soziale Kompetenz.
- ▶ Am gesellschaftlichen Konzept der EU – Zukunftsbild Europas – muss dringend gearbeitet werden. Das erfordert kritische Distanz zum Status-quo.
- ▶ Der neoliberale Bauplan der EU muss von der Sozialdemokratie grundsätzlich zur Diskussion gestellt werden.

TeilnehmerInnen

Michael Neugebauer, Theresia Nichtenberger, Christoph Pollak, Erich Scheffel, Claudia Schmied, Franz Spitaler, Florian Weikl, Eugen Widl, Gerti Worel;

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

**Verein für Gesellschaft- &
Wirtschaftswissenschaften**

Landgerichtsstraße 16, 1010 Wien.

Gesamtverantwortlich:

Michael Neugebauer
Florian Weikl

VGW Termine

10. März 2004, 18.30 Uhr, BSA,
Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien
*„Der ökonomische Charme der sozialen
Gerechtigkeit“*

Prof. Dr. Franz Lehner, Nordrhein-Westfalen,
Abgeordneter zum Nationalrat **Dr. Christoph
Matznetter**.

13. April 2004, 18.30 Uhr, AK-Wien, Lesesaal, Prinz
Eugen Str. 20 – 22, 1040 Wien
„Kapitalismuskritik“

Univ. Prof. Dr. Reinhold Knoll, Universität Wien,
Univ. Prof. Dr. Herbert Walther, WU Wien

3. Mai 2004, 18.30 Uhr, BSA, Landesgerichtsstraße
16, 1010 Wien
„Bauplan und Spielregeln der Europäischen Union“
Mag. Susanne Brenner, Arbeiterkammer, Brüssel

10. Mai 2004, 18.30 Uhr, BSA,
Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien
*„Jenseits der Vollbeschäftigung. Lebensmuster im
Patchwork am Beispiel der KünstlerInnen“*
Dr. Lisa Fischer, Soziologin und Historikerin, Wien

24. Mai 2004, 18.30 Uhr, BSA,
Landesgerichtsstraße 16, 1010 Wien
Buchpräsentation, *„Systembedingte Arbeitslosigkeit
– alternative Beschäftigungspolitik“* von **Dr. Julian
Uher**

Die Termine zu den jeweiligen Arbeitskreisen
werden noch bekannt gegeben.